

# magazin

für beamtinnen und beamtete

DGB

## IT-SICHERHEIT IN KOMPETENZ INVESTIEREN !

„Haltung zeigen!“

Kai Venohr berät Personalräte  
zum Umgang mit Rechtspopulismus

Öffentlicher Dienst

DGB Personalreport 2016

Ausgabe 10 20.10.2016  
[www.dgb.de/beamtenmagazin](http://www.dgb.de/beamtenmagazin)





## INHALT

<b>Titel</b>	
Sicherheit kommt von Kompetenz	4
<b>Gastbeitrag</b>	
Von Prof. Dagmar Lück-Schneider: Digitalisierung muss sich in Qualifizierungs- und Weiterbildungs- maßnahmen niederschlagen	6
<b>Aus dem Bund</b>	7
<b>Interview</b>	
„Haltung zeigen!“: Kai Venohr, Bildungs- referent beim DGB Bildungswerk Bund, über den Umgang mit Rechtspopulismus im Arbeitsalltag	9
<b>Aus den Ländern</b>	10
<b>Aus den Gewerkschaften</b>	
DGB Personalreport 2016 erschienen – Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Dienst	15
<b>Projekt</b>	
Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen fördern – Ein Werkzeugkasten	17
<b>Vermischtes</b>	18

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,  
Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack  
Redaktion: Lisa Kranz, Alexander Haas, Mirjam Muhs,  
Dr. Karsten Schneider  
Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing:  
INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte  
Schulstr. 30 c, 67125 Dannstadt-Schauernheim  
Telefon: 0211 72134571, Telefax: 0211 72134573  
infoservice@beamten-informationen.de  
www.dgb.de/beamtenmagazin  
www.dgb.de/beamtenmagazinabo  
Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen  
Titelfoto: shutterstock.de/stockhits  
Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop  
Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 23. Jahrgang  
Jahresbezugspreis: 10,00 Euro inkl. Zustellgebühr  
Jahresbezugspreis inkl. Ratgeber „Wissenswertes für  
Beamtinnen und Beamte“: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr



Foto: DGB/Simone M. Neumann

**Alexander Haas**  
Politischer Referent,  
Abteilung Öffentlicher Dienst  
und Beamtenpolitik beim  
DGB-Bundesvorstand

Liebe Leserinnen und Leser,

wir leben in Zeiten, in denen Nachrichten manchmal schwer von Satire zu unterscheiden sind. Ich meine jetzt nicht den sächsischen Justizminister, dem es offenbar schwer fiel, einen verhinderten Selbstmordattentäter für selbstmordgefährdet zu halten. Nein, es geht mir um eine Nachricht aus der digitalen Sphäre: „Tatü taaa, die Cyberwehr ist da.“ Ja, Sie haben richtig gelesen: die freiwillige Cyberwehr. Dringen fremde Kräfte in ein Datennetz des Staates oder von Betreibern wichtiger Infrastrukturen ein, zum Beispiel um Datendiebstähle oder Sabotagen auszuführen, dann soll nach dem Willen des Bundesinnenministeriums (BMI) bald die freiwillige Cyberwehr helfen. Doch IT-Sicherheits-Spezialistinnen und -spezialisten sind rar auf dem Arbeitsmarkt und hochbezahlt. Statt attraktive Beschäftigungsbedingungen anzubieten, appelliert das BMI nun an die „Freiwilligkeit“. IT-Sicherheits-Unternehmen sollen ihre Spezialistinnen und Spezialisten ein paar Tage im Jahr freistellen. Wie der renommierte Hackerverein „Chaos Computer Club“ prophezeite, werden das wohl nur Amateure machen. Oder Wirtschaftsspione. Oder IT-Sicherheitsfirmen, an denen der Staat beteiligt ist. Genau solche Beteiligungen wollen BMI und Finanzministerium ausbauen. Das Verteidigungsressort indes bildet als einziges eine nennenswerte Zahl eigene IT-Sicherheitskräfte aus – und legt damit den Grundstein für den digitalen Bundeswehreinsetz im Innern.

Dabei gibt es gute Konzepte, wie auch die allgemeine Verwaltung ihre Kompetenzen in Sachen „sichere Informationstechnik“ ausbauen kann. Passend zum derzeit laufenden „europäischen Monat der Cybersicherheit“ präsentieren wir sie ab Seite 4 im Titelbeitrag. Die politische Spitze muss es eben beherzt angehen. Das gilt im Übrigen für alle Kompetenzen in der digitalen Verwaltung, wie unser Gastbeitrag (Seite 6) und die Meldung aus dem IT-Planungsrat zeigen (Seite 7 und 8).

Mit freundlichen Grüßen  
Alexander Haas





Foto: Katharina Rodelke

## Digitalisierung muss sich in Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen niederschlagen!

Von Dagmar Lück-Schneider, Professorin für Verwaltungsinformatik der HWR Berlin, Sprecherin der Fachgruppe Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik

Der Stand der technologischen Entwicklungen ermöglicht der öffentlichen Verwaltung, ihre Leistungen verstärkt automatisiert, aber auch in neuen Formen der Zusammenarbeit zu erbringen. Diese Möglichkeiten zu sehen und auch ihre organisatorisch-juristische Seite bewerten zu können, macht es aus Sicht der Fachgruppe erforderlich, dass die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung künftig sowohl über ein grundsätzliches Verständnis von Verwaltungshandeln als auch von IT-Potenzialen verfügen müssen. Hinzu kommt spezifisches Methodenwissen um Transformationsprozesse erfolgreich realisieren zu können.

In zwei vom IT-Planungsrat 2014 und 2015 in Auftrag gegebenen Studien wurden Rollen herausgearbeitet, die in diesem

Kontext für die öffentliche Verwaltung wesentliche

Bedeutung besitzen. Je nachdem, in welcher Rolle man sich befindet, wird mal der Anteil an Verwaltungskompetenz stärkere Bedeutung besitzen, mal der Anteil an spezifischen IT-Kompetenzen.

Das derzeitige Hochschulsystem bietet für

Kombinationen aus diesen Feldern bislang wenig Raum. Selten werden Verwaltungskompetenzen und IT-Kompetenzen miteinander verzahnt gelehrt, so wie etwa an der HWR Berlin (Bachelor Verwaltungsinformatik) oder an der FHSV in Meißen (IT-Governance). Die Ausbildungen für die allgemeine Verwaltungslaufbahn weisen kaum Grundlagen auf, die für E-Government-Umsetzungen erforderlich wären. Und umgekehrt haben auch Informatik-Studiengänge, die nicht an Fachbereichen angesiedelt sind, die verwaltungsnah ausgerichtet sind, Schwierigkeiten, das gesamte Spektrum verwaltungsnaher Inhalte in ihren Angeboten unterzubringen. Dennoch ist zu fordern, dass künftig IT-Inhalte auch in die allgemeine Verwaltungsausbildung einfließen. Insofern muss sich nicht nur hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung einiges verändern, sondern auch die Aus- und Weiterbildungslandschaft.

Um nicht über das Ziel hinauszuschießen, muss allerdings gemeinsam mit der Praxis ermittelt werden, welche Inhalte auf welchen Ebenen (z. B. Bachelor, Master) zweckmäßigerweise anzusiedeln sind, weil hiervor nicht unerheblich die anschließende Bezahlung und mögliche Karrierewege abhängen.

Details in der „Stellungnahme zur Ausbildung für den allgemeinen Verwaltungsdienst an Hochschulen“ unter [fb-rvi.gi.de](http://fb-rvi.gi.de)



„Versorgungsglücke? Ich Sorge vor – mit Unterstützung vom Staat.“

DGB

### Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente

mit dem zusätzlichen Plus

für Beamtinnen und Beamte

[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)

